

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den Wilsdruffer Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Bestellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 20 Pf. Inland. Ausland 3 Mk. 50 Pf. Alle Postbestellungen sind zu adressieren: Wilsdruff, Postamt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Im Falle einer Verlegung des Geschäftsstandortes wird die Zeitung durch einen besonderen Anzeiger bekannt gemacht. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 102. — 85. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 3. Mai 1926

Englands Bergbaukrise.

Nicht Monate hat England versucht, die wichtigste seiner Industrien durch Staatszuschüsse zu erhalten. Man hat geglaubt, daß diese Subvention an die Eigentümer der Kohlengruben nur eine vorübergehende Maßnahme bleiben würde. Es ist auch gelungen, den Preis für die englische Kohle nicht unbeträchtlich zu senken, so sehr, daß sie sogar im deutschen Binnenlande billiger war als die rheinisch-westfälische Kohle. Gestungen war es auch, den Export der englischen Kohle recht erheblich zu steigern. Und das war eine Lebensfrage für den englischen Handel. Freilich, die goldenen Zeiten sind vorbei, als England die halbe Welt mit Kohlen versorgte; der Rückgang des Kohlenexports war schreckenerregend groß geworden. Zwanzig Millionen Tonnen weniger als 1913 hatte man 1924 exportiert. Ein wenig besser wurde es in jener Zeit, als durch die Regierungssubvention die Defizitwirtschaft im englischen Bergbau gemildert worden war.

Diese Subventionspolitik hat die englische Regierung eine erhebliche Summe gekostet. Offiziell wird angegeben, daß mindestens 200 Millionen in diesen sieben Monaten von der Regierung hergegeben worden sind, wahrscheinlich ist aber die Gesamtsumme doppelt so hoch. Wohl dem, was die englische Regierung bereit, diese Subventionspolitik fortzusetzen. Eine besondere Kohlenkommission hatte über den Zustand und die Zukunft der englischen Kohlenwirtschaft vor ein paar Wochen einen Bericht abgestattet, der dahin ging, daß nur jene Kohlengruben in Betrieb bleiben sollten, die über die modernsten Einrichtungen verfügen. Stillgelegt werden sollte alles, was unrentabel ist — nur streben sich hiergegen natürlich die Bergarbeiter. Die Grubenbesitzer andererseits stehen auf dem Standpunkt, daß eine Lohnföhrung zahlreiche Gruben wieder rentabel machen würde, und sie haben daher für den 1. Mai die Lohnföhrung angefordert. Die Antwort der Bergarbeiter ist die gewesen, sich diese Lohnföhrung nicht gefallen zu lassen. Aber die Bergarbeiter denken nicht daran, nachzugeben. Die Konzentration, die wir in Deutschland übrigens in letzter Zeit unter vielen Schmerzen durchgeföhrt haben, muß auch in England durchgeföhrt werden. Die Kohle ist ja längst nicht mehr das einzige Heizmittel; nicht mehr ist Herrscher der Welt, wer Beherrscher der Kohle ist. Die Warmwirtschaft hat andere Wege eingeschlagen. Infolgedessen sind die Kohlengrubenbesitzer, auch die englischen, keineswegs auf Rosen gebettet. Und allein mit finanzieller Unterstützung sich rentabel zu erhalten, und auch dies trotz jener Unterstützung bisweilen nicht einmal, ist natürlich auf die Dauer unmöglich.

Englands Überseehandel basiert darauf, daß die Schiffe, die Güter nach England transportieren, unbedingt darauf rechnen konnten, dort Rückfracht zu erhalten: nämlich Kohle. Auch das ist zu einem guten Teil vorbei; namentlich das amerikanische Geschäft Englands ist von den Vereinigten Staaten zu einem großen Teil geschluckt worden. Wenn jetzt der Bergarbeiterstreik den Kohlenverkauf auch anderswo hemmt, dann mögen die englischen Abnahmestellen auch auf anderen Märkten vielleicht auf die Dauer geschädigt werden.

Ausbruch des englischen Bergarbeiterstreiks.

Die Verhandlungen mit den Bergarbeitern sind in London ergebnislos zusammengebrochen. Es wurde offiziell bekanntgegeben, daß eine Einigung nicht erzielt wurde. Die Kündigung des Lohnabkommens tritt somit in Kraft. Gleichzeitig begann der Bergarbeiterstreik. Das englische Kabinett wurde zu einer Sonderberatung ins Unterhaus berufen und der König wurde aus Windsor herbeigeholt, um den Vorstoß im Geheimen Rat, der zur Verhängung von Notstandsmaßnahmen in Kraft ist, zuzuföhren. Der Geheimen Rat erteilte dem Kabinett alle Vollmachten für das Inkrafttreten eines in- dustriellen Notstandsgesetzes. Ferner ergingen durch das Wohlfahrtsministerium die entsprechenden Anweisungen an alle Städtebehörden und Grasschaftsräte für das Eingreifen der Technischen Nothilfe. Im Falle der weiteren Ausdehnung der Arbeitseinstellung auf andere Industriezweige soll der Kern der Technischen Nothilfe durch Vertretung von Freiwilligen nach einem bereits früher den Behörden übermittelten Plane ergänzt werden zwecks Aufrechterhaltung aller lebenswichtigen Betriebe.

England vor dem Generallstreik.

England steht vor ernstlichen Ereignissen. Der jetzt ausbrechende Bergarbeiterstreik droht das ganze Wirtschaftsleben in England lahmzulegen. Eine Konferenz

Deutschland Mittler zwischen Ost und West.

Deutschland treibt eigene Politik. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist bemüht, den im Ausland propagierten gehässigen Tendenzen gegen den Abschluß des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages nach Möglichkeit zu begegnen. Zu diesem Zweck hat er sich neuerdings im Rundfunk über den Berliner Vertrag verbreitet, wobei er auf seine geschichtliche Entwicklung und seinen durchaus friedlichen Charakter, wie schon öfters vorher, nochmals zu sprechen kam. Dr. Stresemann bezeichnete den Abschluß des Vertrages als eine Selbstverständlichkeit, zumal zwischen Rußland und Deutschland eine jahrhundertelange traditionelle Freundschaft bestehe. Letzten Endes erscheint es, als wenn manche Kritik im Ausland wesentlich ausgeht von der Aberration über die selbständige Politik, die Deutschland mit diesem Schritt offenbart. Aber die Politik, die nach Locarno führte, war auch selbständige Politik. Man muß sich daran gewöhnen, daß Deutschland die Gestaltung des deutschen Geschicks selbst in die Hand nimmt und nicht unter Vormundschaft irgendwelcher Mächte oder Mächtegruppierungen, sei es im Osten oder im Westen.

Niemals, so betonte Dr. Stresemann, war es die deutsche Absicht, sich im Westen zu einer Kampfgemeinschaft gegen den Osten zu verbinden. Unsere Politik war vielmehr, das System friedlicher Abmachungen auf ganz Europa zu erstrecken. Mit nahezu allen unseren Nachbarstaaten haben wir weitgehende Schiedsverträge abgeschlossen oder stehen in sorgföhrten Verhandlungen mit ihnen darüber. Welch eine andere europäische Großmacht kann ein gleiches Bekenntnis zur Schiedsriede aufweisen? Diese Idee ist Basis unserer Friedenspolitik. Darüber hinaus ist Deutschland kraft seiner geographischen Lage der geborene große Mittler und die Brücke zwischen Ost und West. Man vergesse auch das eine nicht: gegenüber der früheren völlig aggressiven Haltung Rußlands gegenüber dem Völkerverbund ist die Sinnahme der deutschen Erklärungen über seine friedenssichernde Tendenz auch ein Stillstand politischer Evolution und kann Grundlage künftiger Entwicklung sein. Wir haben ein ganz bestimmtes Ziel europäischer Entwicklung vor Augen. Wir verfolgen es geradlinig und ohne Schwanken. Wir wissen, daß wir Machtspolitik nicht treiben können, aber wir wollen in der Politik der Friedenssicherung unseren eigenen Weg gehen.

Der guten Willens in der Welt das selbe Ziel verfolgt, kann und muß uns unterstützen. Er möge, so schloß Dr. Stresemann, nur Verständnis dafür aufbringen, daß neben dem Wunsch der Friedenssicherung für alle Völker dieser Weg gekennzeichnet ist durch die Lebensinteressen Deutschlands.

Ultimatum an die Riffleute.

Paris. Nach einem offiziellen Kommuniqué hat die französische und die spanische Delegation in Abdon den Riffleuten bekanntgegeben, daß die beiden Regierungen am 7. Mai ihre volle Aktionsfreiheit wieder erhalten würden, falls nicht bis zu diesem Zeitpunkt die im Risgebiet zurückgehaltenen Gefangenen und die Mohammed Aferlan am 11. April übergebenen Bedingungen grundsätzlich angenommen würden.

von 200 Gewerkschaften hat den Beschluß gefaßt, zur Dienstag den Generallstreik unter Einschluß der lebenswichtigen Betriebe und des Verkehrswesens zu erklären, wenn die Streitigkeiten im Bergbau bis dahin nicht beigelegt sind. Der Generallstreik wird sich auf die Eisenbahnen, das Land- und Wasserverkehrsweisen, die Werften, die Buchdruckereien einschließlich der Presse, die Metallwerke, die Betriebe der chemischen Industrie, die Bauunternehmungen, mit Ausnahme derjenigen, die Wohn- und Krankenhäuser herstellen, ausdehnen. Die in den Elektrizitäts- und in den Gaswerken tätigen Arbeiter werden die Belieferung der Industrie einstellen. Die Dienstzweige, die die öffentliche Gesundheit und die Volksernährung betreffen, sollen nicht unterbrochen werden. Die Gewerkschaften erbaten sich, bei der gerechten Verteilung der wichtigsten Lebensmittel durch eine freiwillige Organisation mitzuwirken. Aus allen Bergwerksbezirken liegen Meldungen über die völlige Arbeitseinstellung in den Bergwerken vor. Nur die zur Instandhaltung der Gruben notwendigen Arbeiten werden ausgeführt. Die Regierung hat Truppen nach Südwales, Lancashire und Schottland geschickt, die nötigenfalls die Polizei bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in ihrer Tätigkeit zum Schutze des Lebens und Eigentums der Bürger unterstützen sollen. Ferner sind Vorkehrungen getroffen worden, damit die Flotte, die am Dienstag zu einer Kreuzfahrt in See gehen sollte, nötigenfalls zu Hilfsmaßnahmen herangezogen werden kann.

Der König hat den Ausnahmezustand proklamiert. Alle Reserveoffiziere haben Befehl erhalten, sich zur Verfügung zu halten, da man mit revolutionären Unruhen rechnet.

Die Liquidationen in Polen.

Ein deutsches Memoire. Am 15. April hatte die polnische Gesandtschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt ein umfangreiches Memoire über die Liquidationsverhandlungen übergeben. Die polnische Regierung beharrte darauf, daß sie aus prinzipiellen und tatsächlichen Gründen auf die Durchführung der im Gange befindlichen Liquidationen nicht verzichten könne, und erklärte, daß sie bis zum 1. Mai ihr früheres Angebot aufrechterhalte, wonach sie bereit wäre, das noch nicht von der Liquidation ergriffene Eigentum gegen eine entsprechende deutsche Gegenleistung freizugeben. Aus dem früher von der polnischen Delegation vorgelegten Listen hatte sich ergeben, daß es sich hierbei nur um einen geringfügigen Rest handelte, der als Verhandlungssujet nicht in Betracht kommen könne. Das Auswärtige Amt hat am 28. April der Berliner polnischen Gesandtschaft keine Antwort auf dieses Memoire mitgeteilt. Darin wird nochmals eingehend daraufgelegt, daß das polnische Angebot für eine Befriedigung nicht genüge, und daß es für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern von größter Wichtigkeit sei, den Liquidationen allgemein ein Ende zu machen. Das deutsche Memoire weist ferner darauf hin, daß die polnische Regierung in den letzten Wochen über etwa 50 Objekte, die in den Freigabelisten stehen, neue Liquidationsverfahren eingeleitet habe. Da sie gleichwohl ihr Angebot in vollem Umfange aufrechterhalte, ergäbe sich, daß sie bereit wäre, das Liquidationsverfahren in diesen Fällen einzustellen. Wenn die prinzipiellen und praktischen Bedenken gegen die Einstellung schwebender Liquidationsverfahren in 50 Fällen zurückgestellt werden könnten, müße das doch wohl auch in den übrigen Fällen möglich sein. Die deutsche Regierung glaube sich daher mit dem Scheitern ihres Verständigungsversuches noch nicht abfinden zu können, sondern richte noch einmal das dritte Ersuchen an die polnische Regierung, ihre Einwendungen gegen die völlige Aufhebung der Liquidationen im Interesse des künftigen Verhältnisses fallen zu lassen.

Blutige Mafseiern in Polen.

Sonst ruhiger Verlauf. Bei den Mafseiern in Warschau kam es mehrfach zu schweren Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Als Opfer der Ausschreitungen wurden bisher insgesamt 4 Tote und 30 Verletzte gezählt. In Reuhof kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Kommunisten, die in das Rathaus eindringen wollten. Die Menge wurde von der Schutzmannschaft durch eine Salve auseinandergetrieben. Eine Person wurde hierbei getötet, 14 verletzt. Auch in Wilna kam es gelegentlich der Mafseier zu Schlägereien, in deren Verlauf eine Person ernstlich verletzt wurde. Sonst sind die Mafseiern sowohl in Deutschland wie im Ausland ruhig verlaufen. Überall, wo der 1. Mai gefeiert werden durfte, fanden große Arbeiterumgehungen statt, teilweise ruhte der Verkehr, in Prag waren sogar die Läden geschlossen.

Dr. Stresemann über den Berliner Vertrag.

Verwahrungen des Reichsaußenministers. Reichsaußenminister Dr. Stresemann machte einem Pressevertreter folgende Darlegungen über den deutsch-russischen Vertrag: Die deutsche Außenpolitik muß in erster Linie Friedenspolitik sein, Friedenspolitik nach allen Seiten. Aber wenn wir Außenpolitik mit dem Westen und mit dem Osten machen müssen, so bedeutet solche „zweiseitige Politik“ doch nie und nimmer zweiseitige Politik! Die Grundlinie unserer Politik ist in beiden Fällen der Frieden, und diese Linie haben wir von jeher mit aller Klarheit verfolgt und werden sie weiter verfolgen. Auf dem Wege unserer Friedenspolitik liegt das Dawes-Abkommen, liegt der Vertrag von Locarno und unsere Anmeldung zum Völkerverbund. Alle diese politischen Akte bezwecken, das Verhältnis eines wahren Friedens zwischen uns und den anderen Staaten, den der Vertrag von Versailles doch nicht gebracht hat, herzustellen. Es liegt jedoch in der Natur der Dinge, daß diese Politik, die sich mit dem Westen beschäftigt, für uns sozusagen mehr tägliche Arbeit bringt. Denn die großen Probleme lösen sich praktisch stets in eine Anzahl Fragen kleiner und kleinster Art auf, die man bewältigen muß, um einen Schritt vorwärtszukommen. Ein gleicher mühseliger Weg war für die Politik gegenüber dem Osten nicht notwendig. Aber weder der Vertrag von Rapallo und der Berliner Vertrag noch die Schritte, die wir in